

## Schweiz

# Einreisestopp für Au-pairs aus Übersee oder Asien

Die Halbierung der Kontingente für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten trifft nicht nur die Grossfirmen.

## Antonio Cortesi

Seit Anfang 2008 können Schweizer Familien ein Au-pair-Mädchen aus jedem Land der Welt anstellen. Diese Regelung für Drittstaaten hat neue Märkte für Vermittlungsfirmen geöffnet. So etwa für die Aargauer Agentur Perfect Way. Sie hat sich auf die Rekrutierung von Philippininnen spezialisiert. Rund 100 Mädchen konnten letztes Jahr in Gastfamilien platziert werden.

Doch mittlerweile harzt das Geschäft beträchtlich. Der Grund: Wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit hatte der Bundesrat die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Staaten ausserhalb der EU und der Efta gebremst. Er halbierte die Kontingente für Kurzaufenthaltsbewilligungen ab Anfang 2010 auf 3500. In diese Kategorie fallen auch die Au-pairs. Sie dürfen maximal zwölf Monate in der Schweiz arbeiten.

## Kontingente ausgeschöpft

Nach welchen Branchen die Gesamtzahl der Bewilligungen aufgeteilt wird, entscheiden die Kantone. Dabei ist es naheliegend, dass Arbeitskräfte mit einer hohen Wertschöpfung vom halbierten Kuchen noch die grössten Stücke erhalten. Die Folge: Einzelne Kantone wie beispielsweise Genf strichen das Teilkontingent für Au-pairs gleich ganz. In den Kantonen Zürich, Thurgau und Schwyz war es bereits nach wenigen Wochen ausgeschöpft.

Für die Geschäftsführerin der Beratungsfirma Perfect Way ist es unverständlich, dass auch Au-pairs unter die

Kontingentregelung fallen: «Mit ihrem Nettolohn von 700 Franken pro Monat stellen sie für die arbeitslose Bevölkerung in der Schweiz keine Konkurrenz dar», sagt Karin Schatzmann. Zudem sei neben Kinderbetreuung und Haushaltshilfe der Kulturaustausch zentral. Dazu gehören das Lernen der Landessprache und die «vertiefte Kenntnis des Gastgeberlandes», wie es in der Weisung des Bundes heisst.

## Lieber ein Mädchen aus Kanada

«Ein Au-pair-Mädchen nimmt keinem Schweizer die Arbeit weg», betont auch Angela Weber, Leiterin der Zweigstelle Thurgau von Pro Filia, der schweizweit grössten Vermittlungsagentur. «Aufgrund der reduzierten Kontingente können wir die Nachfrage nicht mehr stillen», sagt sie, und diese sei trotz steigendem Angebot an Kinderkrippen nach wie vor gross. Zwar versuche man vermehrt, Mädchen aus den neuen EU-Ländern zu rekrutieren. «Doch viele Familien wollen lieber ein Au-pair aus den USA oder aus Kanada und nicht aus Polen oder Rumänien.»

## BFM will Missbrauch verhindern

Aus Sicht der Vermittlungsfirmen ist es prinzipiell falsch, Au-pairs punkto Kontingentierung gleich zu behandeln wie hoch bezahlte IT-Spezialisten und Fachkräfte der Finanzbranche. Sie fordern deshalb separate Kontingente.

Doch beim Bundesamt für Migration hält man das nicht für praktikabel. «Dann müsste man alle Weiterbildungs-

aufenthalte gesondert behandeln, zum Beispiel auch Praktika während oder nach dem Studium», sagt BFM-Sprecherin Marie Avet.

Die Aufrechterhaltung von Kontingenten in diesem Bereich ermögliche zudem eine bessere Kontrolle: «Es gilt zu verhindern, dass Au-pair-Mädchen als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.»

## Im Schlepptau von Google

Wie lange die prekäre Situation bei der Vermittlung von Au-pair-Mädchen anhält, ist offen. Im Juni entscheidet der Bundesrat, ob er die Kontingente für Arbeitskräfte aus Drittstaaten wieder aufstockt. Er steht dabei unter massivem Druck der Wirtschaft und der Kantone. Bereits im Februar hatte die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf einen Protestbrief geschrieben, wie Roland Mayer, stellvertretender VDK-Sekretär, bestätigt.

In dem Schreiben schlagen die Kantone Alarm. Sie warnen davor, dass wegen der restriktiven Bewilligungspraxis für Drittstaater namhafte Firmen ihre Aktivitäten in andere Länder verlegen könnten. Medienwirksam damit gedroht hat beispielsweise das Google-Forschungszentrum in Zürich, das in den nächsten sechs Jahren 600 Stellen geschaffen hat. Falls der Bundesrat dem Druck nachgibt, könnten im Schlepptau der Grossfirmen auch die Au-pair-Vermittler profitieren.

## Kurz

### Bundesfinanzen Bundesrat schickt Sparpläne in die Vernehmlassung

Der Bundesrat hat gestern die Vernehmlassung zum Konsolidierungsprogramm und zur Aufgabenüberprüfung eröffnet. Er wird im Mai Kantone, Parteien und Verbände zu Gesprächen empfangen. Schriftliche Stellungnahmen können bis zum 28. Mai eingereicht werden. Wie und wo der Bundesrat sparen will, hat er bereits im Februar bekannt gegeben. Gegenüber den damals präsentierten Zahlen gab es nur geringfügige Verschiebungen.

### Urnengang Volk stimmt im Herbst über Arbeitslosenversicherung ab

Am 26. September stimmen die Schweizerinnen und Schweizer voraussichtlich über die Revision der Arbeitslosenversicherung ab. Sollte das laufende Referendum dagegen nicht zustande kommen, findet im Herbst keine eidgenössische Abstimmung statt, wie der Bundesrat gestern entschieden hat.

### Verkehr Bundesrat will bessere Unfallstatistik

Der Bund will wissen, ob Autos mit starken Motoren häufiger in Unfälle verwickelt sind als andere - und ob dies auch für Autofahrer zutrifft, die schon einmal den Führerausweis abgeben mussten. Der Bundesrat hat gestern eine Verordnung verabschiedet, welche die Grundlagen für eine verbesserte Statistik schafft. Bisher war das Bundesamt für Statistik (BFS) für die Unfallzahlen zuständig, künftig wird es das Bundesamt für Strassen (Astra) sein. Es wird das Unfallregister mit anderen Registern verknüpfen - zum Beispiel mit dem Fahrzeug- und Halterdatenregister.

### Bundesstrafgericht Querulant vom Vorwurf der Nötigung freigesprochen

Gerhard Ulrich, Präsident des Vereins «Aufruf ans Volk», ist vom Bundesstrafgericht in Bellinzona von der Anklage der Nötigung freigesprochen worden. Seine Protestaktionen gegen zwei Bundesrichter waren somit rechtmässig. Einzelrichterin Miriam Forni kam zwar zum Schluss, dass Ulrichs Beleidigungen zweier Bundesrichter den Tatbestand der Ehrverletzung erfüllen. Da die Richter aber keine Anzeige erstatteten, könne man Ulrich deswegen nicht verurteilen.

### Rütli-Bomber Bundesrat soll Geheimdienst zu Info-Herausgabe zwingen

Der Nachrichtendienst will dem Eidgenössischen Untersuchungsrichter die Identität einer Person nicht bekannt geben, die Angaben im Fall des sogenannten Rütli-Bombers gemacht hat. Untersuchungsrichter Hansjakob Baumgartner ist deshalb an den Gesamtbundesrat gelangt. Dieser muss nun entscheiden, ob der Nachrichtendienst die Informationen herausrücken muss oder nicht, wie Radio DRS gestern berichtete.

### Baden-Württemberg SPD vergleicht Schweiz mit Schurkenstaat

Im deutschen Bundesland Baden-Württemberg hat der Chef der SPD-Fraktion Claus Schmiedel gestern im Landtag die Schweiz mit einem Schurkenstaat verglichen, weil sie Steuerhinterzieher durch das Bankgeheimnis schützt. Die Schweiz lade Diktatoren und Verbrecher ein, ihr Blutgeld sicher anzulegen, sagte Schmiedel. Die CDU/FDP-Landesregierung in Stuttgart schütze ihrerseits die Steuerhinterzieher, weil sie die angebotenen Steuersünderdaten nicht kaufe. (sda)

Anzeige

emirates.com/ch



## Einzigartige Momente teilen.

Profitieren Sie von unseren Partnertarifen in der First & Business Class.

	Business Class pro Person ab*	First Class pro Person ab*
Dubai	CHF 2304	CHF 3024
Asien	CHF 2701	CHF 3491
Indien/Pakistan	CHF 2463	CHF 3178
Australien	CHF 3761	CHF 6671
Neuseeland	CHF 4159	CHF 6954

Partnerangebot gültig für 35 Destinationen.  
\*Evt. Abweichungen vom Tarif je nach Flughafentaxen vor Ort. Beide Passagiere müssen gemeinsam reisen.  
Buchbar bis 31. Mai 2010. Letzter Abflug: 30. Juni 2010.  
Gepäcklimiten: 40 kg in Business Class und 50 kg in First Class pro Person.

Fly Emirates. Keep discovering.

Für weitere Informationen oder Buchungen wenden Sie sich bitte direkt an Emirates, Telefon 044 809 28 88, emirates.com/ch oder an Ihr Reisebüro.

400 internationale Auszeichnungen und über 100 Destinationen weltweit. Limitierte Verfügbarkeit. Änderungen vorbehalten. Tarife unterliegen Sonder-Konditionen und verstehen sich für Hin- und Rückflug ab Zürich, inklusive Treibstoffzuschlag und Taxen. Zugang zur Emirates Lounge in Zürich sowie weltweit. Kein Chauffeur-Drive Service für dieses Angebot. Um Mitglied unseres Vielfliegerprogramms Skywards zu werden, besuchen Sie skywards.com